

**K4-085**

# Kapitel

**Antrag an die außerordentliche Landesdelegiertenkonferenz am 5./6. Mai 2018  
in Hirschaid**

**Initiator\*innen:** Alfred Mayer (KV München-Stadt)

**Titel:** **K4-085: Bayern und die Welt - Zusammenhalt  
macht stark**

---

**Von Zeile 84 bis 99:**

europäische Flucht- und Asylpolitik für sichere und legale Fluchtwege und eine solidarische Aufnahme der Länder sorgt.

**Bayern ist** Seit Menschengedenken tatsächliches aber nicht gewolltes

**Einwanderungsland**

Bayern hat kulturell und volkswirtschaftlich immer von Zuwanderung profitiert. ~~Auch heute hat Bayern einen hohen Bedarf an Zuwanderung. Deshalb wollen wir GRÜNEN ein modernes Einwanderungsgesetz auf Bundesebene. Damit schaffen wir transparente Zuwanderungsmöglichkeiten und beenden das Ausspielen von Einwanderungspolitik gegen das Gebot des Flüchtlingssschutzes. Ein Wechsel vom Asylverfahren in die Arbeitsmigration muss möglich sein., aber nur selten wurde zur Einwanderung eingeladen, wie das unter dem Begriff Einwanderungsland unausbleiblich verstanden werden muss. Ohne das von uns verurteilte ewige Wirtschaftswachstum bei irdisch beschränkten Ressourcen und unmittelbar drohender Unbewohnbarkeit der ganzen Erde haben wir - und selbst Bayern - gerade keinen Bedarf an der Zuwanderung von Fachkräften, wie die Industrie in blindem Eigennutz behauptet, und schon gar keinen hohen Bedarf... Deshalb verzichten wir GRÜNEN auf ein Einwanderungsgesetz mit diesem letztlich nicht zutreffenden Namen..~~ Damit schaffen wir Transparenz und beenden das Ausspielen von Einwanderungspolitik gegen das sonst zu Schanden gerittene Gebot des Flüchtlingssschutzes. Ein gleitender Übergang vom Asyl in die

Integration wird sich von selbst ohne unser Zutun ergeben Bei einem endlich wieder die Menschenwürde achtenden Umgang mit den je nach Zählweise 4 bis 6 Millionen Arbeitslosen und HartzIV-Berechtigten besteht alles andere als ein Bedarf an Arbeitsplätzen. Der angebliche Bedarf besteht in der kreatürlichen Abneigung gegenüber Schwächeren.

Wir wollen, dass Menschen mit und ohne Migrationshintergrund in allen Lebensbereichen ~~echte Chancengleichheit haben und diskriminierungsfrei teilhaben können. Wege dahin sind die interkulturelle Ausrichtung und mehr Mitarbeiter\*innen mit Migrationshintergrund in der öffentlichen Verwaltung und in sozialen Einrichtungen. Politische Teilhabe von Migrant\*innen wollen wir stärken. Wir setzen uns auch zukünftig für eine offene Einbürgerungspolitik ein. Mehrstaatlichkeit muss hierbei selbstverständlich bleiben.~~ diskriminierungsfrei teilhaben können. Wege dahin sind die interkulturelle Ausrichtung und mehr Mitarbeiter\*innen mit Migrationshintergrund in sozialen Einrichtungen.

## **Begründung**

Wenn wir möglichst wenig für die oft grausam und tödlich Verfolgten tun wollen, müssen wir weiterhin möglichst oft und möglichst laut vom Einwanderungsland reden, denn dann werden wir die machtlose einstellige Kleinpartei bleiben und , wenn es glimpflich abgeht , die CSU fördern, schlimmstenfalls Parteien wie der AfD zur Macht verhelfen und dann wie in Polen und Ungarn nicht einmal mehr das Grundrecht Asyl sichern können und Millionen gnadenloser Verfolgung ausgeliefert sehen müssen, die wir bei gewissenhafter Bewahrung des Asylrechts mit Zustimmung aller gerecht Denkenden retten könnten

Wir dürfen nicht Verfolgte und Zuwanderer durcheinander werfen, wie es auch die Union mit umgekehrtem Vorzeichen macht. Die Union behandelt beide Gruppen bei der Forderung nach einer Obergrenze gleich, die Grünen bei der Ablehnung der Obergrenze. Für die Union sind alle Einwanderer, für die Grünen alle Asylbewerber. Auch wir müssen richtig verstandenen Interesse der Verfolgten von dieser allzu simplen Sichtweise wegkommen.

Auch wir Grünen müssen für eine Obergrenze für Einwanderer sein, uns aber um so leidenschaftlicher gegen eine Obergrenze für Asylbedürftige wehren, auch um endlich glaubwürdig zu werden und endlich auf den kindlichen Wunsch zur 1986 bitter notwendigen Provokation verzichten.